

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 11-12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

Verantwortlich für die „Rundschau“: Dr. W. Stocker

LITERATUR

Jakob Bühler, *«Im roten Feld»*.
2. Band. Verlag Büchergilde Gutenberg, Zürich. Mitgliederpreis Fr. 6.—.

Kein Zweifel, Jakob Bühler will stören, er will alle stören, er hat nie etwas anderes gewollt. Er hat daneben gehauen, selbstverständlich, am unrechten Ort den Schädel angestoßen. Aber das tun wir auch. Damit hat er sich weh getan, nicht uns. Damit hat er aber auch sich geschult und gelernt, wo er das nächste Mal ansetzen muß. Und er hat es getan. Immer wieder. Jakob Bühler hat kein Buch, nicht einen Satz, geschrieben, ohne daß die klare Absicht, irgendwo hineinzufahren, zu säubern, Vorschläge zu machen, dahinterstand. Das wollte er und jenes. Einiges war falsch, vieles war richtig. Nur flunkern konnte Jakob Bühler nicht. Sein erster Artikel, jung in der Begeisterung, jung in der Hingabe, stand in einer Schaffhauser Zeitung; damit wollte der Halbwüchsige aufschreiend Protest erheben gegen die Gewalt der Todesstrafe. Weil irgendwo in einer Zelle ein unbekannter Mann saß, der hingerichtet werden sollte. Weil einer, wenigstens einer, laut protestieren mußte. Dieses ist Jakob Bühler geblieben — ein Protestierer. In seinem ersten Buch, dem Entwicklungsroman *«Aus Konrad Sulzers Tagebuch»*, steht der Satz: *«Es ist etwas Seltsames um die Menschen»*. Die Menschenspur hat Jakob Bühler bis auf den heutigen Tag nicht mehr verlassen; durch Geber- und Nehmerfronten hat er sie verfolgt. Diesem Seltsamen hat er nachgespürt, der Jüngling und der Mann mit dem halb kahlen Kopf, der hohen Stirn und den Zahlenbeweisen, um es zu fassen und fruchtbar zu machen. Aber nicht diesen Menschen sucht er, der träumend in Mondnächten wandelt, vor Wunderbäumen und Silbersternen kopflos steht, sondern jenen andern, der hinter die Sterne zu sehen trachtet, vor Kaminen, Elektrizitätswerken und Staudämmen den Kopf hochreißt und mit seinem Hirn sich

hineinzwingt in die Kanäle, Himmel und Höllen modernster Trust- und Konzernwirtschaft. Und der darüber dennoch die Sterne nicht vergißt, weil sie schön sind. *«Wer weiß, ob dann nicht eine Kraft erschaffen wird, die den Tod bezwingt, die zu den Sternen führt und die verhütet, daß die Erde untergeht?»* So fragt der russische Anarchist Sacharowitsch im Roman *«Kilian»*.

Dieser ganze Abschnitt ist ein Zitat. Er hätte in Gänsefüßchen eingeschlossen werden sollen. Lediglich um seine Zeitnähe oder Ferne zu prüfen habe ich das nicht getan. Ich schrieb die Sätze vor 15 oder mehr Jahren, als Jakob Bühler, der Aeltere, Arrivierte, der damals noch nicht der Sozialdemokratischen Partei beigetreten war, im Zürcher Volkshaus auf Einladung des Bildungsausschusses sprach. Ist das Porträt heute zu korrigieren? Ich glaube kaum wesentlich. Wohl ist es um Jakob Bühler stiller geworden. Darüber könnten wir uns gegenseitig trösten. Der Unterschied liegt aber darin, daß Bühler diese Stille nicht verdient hat. Oder täusche ich mich? Hätte er wirklich sich ins Schneckenhaus zurückgezogen? Zwar lebt er seit einigen Jahren tatsächlich in einem wundervollen Tessiner Zaubergarten, in dem wohl Schneckenhäuser liegen mögen, doch sein Haus hieß, schon ehe der Dichter darin wohnte, *«Casa rossa»*. In diesem Haus hat Jakob Bühler, unaufhörlich seiner Arbeit und das heißt auch den Sorgen ums Brot hingegeben, im letzten Jahrzehnt den umfänglichen Roman *«Im roten Feld»* geschrieben, dessen zweiter Band soeben bei der Büchergilde Gutenberg herausgekommen ist, und der hier hätte besprochen werden sollen. Unversehens aber spürte ich statt des Schriftstellers den Menschen, den guten Kameraden mir gegenüber, und deshalb stehen jetzt statt der Rezensionen einige Erinnerungen und Fragen. Warum ist es still geworden um Jakob Bühler? Warum findet er nicht das Rednerpult oder den Auftrag zum Leitartikel, zum wöchentlichen Kommentar, wie er das

früher tun konnte? Ist er nicht der geborene Zeitungsschreiber, der schlagfertige Polemiker, dessen Feder schimmert im Kampf der Meinungen und Persönlichkeiten?

Als damals mein kleiner Begrüßungsartikel geschrieben wurde, dachte Jakob Bühler kaum daran, daß er einst das Zeitdokument «Im roten Feld — Roman von der Geburt einer Nation» schreiben werde. Auch eine Reihe zusätzlicher Werke kamen und gingen; «Sturm über Stifflis» beispielsweise, «Das letzte Wort», «Galileo Galilei» oder die am Berner Stadttheater kürzlich uraufgeführte dramatische Dichtung «Perikles» (Limmat-Verlag) sind uns seitdem geschenkt worden. Gilt aber jener Satz, daß Jakob Bühler nicht diesen Menschen suche, der träumend vor Silbersternen kopflos stehe, sondern jenen anderen, der «hinter die Sterne zu sehen trachtet, vor Kaminen, Elektrizitätswerken und Staudämmen den Kopf hochreißt und mit seinem Hirn sich hineinzwingt in die Kanäle, Himmel und Höllen modernster Trust- und Konzernwirtschaft» heute, und gerade nach der Lektüre des «roten Felds», dieser umfassenden Darstellung der historischen und sozialen Zustände in der Schweiz während des zu Ende gehenden 18. Jahrhunderts, nicht noch eindeutiger als vor 15 Jahren? Und die Frage: «Wer weiß, ob dann nicht eine Kraft erschaffen wird, die den Tod zwingt, die zu den Sternen führt, und die verhütet, daß die Erde untergeht?» — bewegt sie nicht jeden in diesen welterschütternden Tagen und Monaten und Jahren, da die Erde nahe daran war, wirklich unterzugehen? Einer, der unermüdlich am Werke ist, zu prüfen, warum die Erde möglicherweise im Chaos untergehen könnte und der seinen Teil Verantwortung und Leistung sich auf den Rücken geladen hat, um zu verhindern, daß das einst oder jetzt geschehe, ist Jakob Bühler. Gewiß — «Im roten Feld» ist nicht unbedingt ein «schönes», an Himmeln der Ewigkeit zu messendes oder spannendes Buch. Auch «Lienhard und Gertrud» war weder «schön» noch «spannend». Aber Jakob Bühler hat es verdient durch den Einsatz seiner Persönlichkeit, durch die Hingabe an eine Idee, die der erfüllbare Traum aller Gutgesinnten, Aufrechten ist, daß man seine Bücher liest und seine Fähigkeiten nützt. Dieses, statt

einer ordentlichen Rezension, sei für einmal nicht verschwiegen.

Albert Ehrismann.

Adolf Landolt — Arthur Frey,
«Der politische Katholizismus in der Schweiz». 80 Seiten, kartoniert, Fr. 2.80.
Evangelischer Verlag, Zollikon-Zürich.

Die Schrift enthält zwei im November 1944 vor der Sozialen Studienkommission des Schweizerischen Reformierten Pfarrervereins gehaltene Vorträge, nämlich «Der politische Katholizismus in der Schweiz der Gegenwart» (A. Landolt) und «Reformierte Haltung gegenüber dem politischen Katholizismus» (A. Frey). — Wenn zwei reformierte Vorkämpfer über den Katholizismus schreiben, so entsteht naturgemäß ein «Tendenzbuch». Das ist nicht nur ein Nachteil, auch gilt er wohl vorwiegend nur vom zweiten Beitrag, in welchem der Verfasser mit hauptsächlich religiöser Argumentation nachzuweisen versucht, daß «die römische Papstkirche nicht die Kirche Jesu Christi ist». Von besonderem Interesse und für jeden *politisch* Denkenden von hoher Aktualität sind — vor allem im ersten Referat — die dokumentarisch fundierten Hinweise auf die starre Ausschließlichkeit der *Ecclesia militans*: «Der Sozialismus, gleichviel ob als Lehre, als geschichtliche Erscheinung oder als Bewegung, auch nachdem er auf Klassenkampf und Versozialisierung des Privateigentums verzichtet, bleibt mit der Lehre der katholischen Kirche immer unvereinbar, er müßte denn aufhören, Sozialismus zu sein: der Gegensatz zwischen sozialistischer und christlicher Gesellschaftsauffassung ist unüberbrückbar», so heißt es in der Enzyklika «Quadragesimo anno». Es ist gut und nützlich — und *notwendig*, daß der sozialistische Vertrauensmann solche und ähnliche Thesen der päpstlichen Politik sich in dieser Schrift in Erinnerung rufen läßt. Er muß dabei vor allem auch wissen, daß nirgends so intensiv wie in unserem Land die katholische Kirche diese Grundsätze heute wieder vertritt. Der kämpfende Klerikalismus will, religiös und politisch, gegenüber dem Sozialismus wie gegenüber den freien Gewerkschaften exklusiv, unfehlbar und alleinseligmachend sein und bleiben. Die Kenntnis der in dieser Schrift zu richtiger Stunde vermittelten Hinweise und Dokumente gehört darum

für jeden Kämpfer in *unserer* Bewegung zum notwendigen Wissen. st.

«*Das demokratische Deutschland*». — Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen, föderalistischen und genossenschaftlichen Sinne. Paul Haupt-Verlag, Bern. 24 Seiten, Fr. 1.20.

Diese Schrift, für welche der ehemalige Reichskanzler Josef Wirt, sowie Otto Braun, Wilhelm Hoegner, der Schriftsteller Kindt-Kiefer und H. G. Ritzel als Herausgeber zeichnen, umreißt, nach einem *Aufruf*, zunächst nur summarisch die den Autoren vorschwebenden Grundsätze und Richtlinien für Deutschlands Wiederaufbau. Stark und überzeugend wird dabei der föderative und genossenschaftliche Gedanke als notwendige Grundlage für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hervorgehoben. Es fehlt nicht der Appell an die Siegermächte, mit ernster und beschwingter Sprache vorgetragen, nicht ein zweites Versailles zu begründen, sondern ein Friedensregime der Menschlichkeit und Freiheit. Vor was für schweren und drückenden Problemen die antifaschistischen demokratischen Deutschen heute stehen, wird uns bei der Lektüre dieser Schrift aufs neue bewußt. -st.

ARBEITER- BEWEGUNG

*Solothurner Gemeindewahlen —
Beispiel und Lehre*

Die Solothurner Sozialdemokratie hat bei den Gemeindewahlen vom 17. Juni einen Sieg errungen, der nicht zu Unrecht als Sensation bezeichnet wurde. In annähernd 50 Gemeinden hat die Partei insgesamt rund 90 Mandate gewonnen. In einer ganzen Reihe von Orten beträgt der Vormarsch an Stimmen und Mandaten 30, 50, ja 100 Prozent. Verlierer ist, wie schon bei den Kantonsratswahlen, relativ an erster Stelle der Landesring, dessen bisherige 20 Mandate um etwa vier Fünftel dezimiert werden. Der Verlust des einst den Kanton Solothurn beherrschenden Freisinns geht in die Dutzende von Sitzen, und selbst die sonst so stabile KK-Partei muß in einer ganzen Anzahl von Gemeinden Rückschläge verbuchen. Eindeutig und nach-

drücklich geschlagen verläßt auch die «Partei der Arbeit» die Wahlstatt. Sie errang, trotz eifrigsten Bemühens, trotz «riesiger» Kundgebungen, im ganzen Kanton — zwei Mandate. Dabei hat auch hier wieder der Schlager von der «Mobilisierung der Linken» sich als un- wahr erwiesen. In Grenchen und Derendingen, wo die PdA ihre beiden einzigen Sitze gewann, bleiben die Katholisch-Konservativen bei ihrem bisherigen Besitzstand, der Freisinn verliert in der großen Industriegemeinde Derendingen ein einziges Mandat, in Grenchen keines, und die SP vermag an beiden Orten nur je ein neues Mandat zu erobern. Ohne die *Zersplitterung* der Kräfte der Linken wäre zweifellos auch hier ein wesentlich größerer Vormarsch zu erreichen gewesen. — «Die Sozialdemokratie ist im Kanton Solothurn die Arbeiterpartei» schreibt mit Recht «Das Volk», — und seiner Erwartung, die PdA möge endlich «ihren Laden schließen», kann man nur baldige Erfüllung wünschen! Der Kurosität halber sei auch der Kommentar erwähnt, den die «Voix ouvrière» dem Sieg der Solothurner Sozialdemokratie mit offensichtlich sauer-süßer Miene widmet: «Es ist nützlich, festzustellen, daß die SP Solothurn, vor allem an ihrem Hauptzentrum Olten, immer eine Haltung einnahm, die sich derjenigen der PdA sehr stark annähert, dies sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik. Darum bleiben die Massen so verbunden mit ihren Führern, die, wie Jacques Schmid, Mitglied der Geschäftsleitung der Gesellschaft Schweiz/Sowjetunion, es verstanden haben, ihren Ideen treu zu bleiben.»

Wie schade, daß wir so einsichtsvolle Geständnisse nicht schon bei früheren Gelegenheiten vernommen haben! Zum Beispiel anlässlich der hinter uns liegenden Aargauer-, Berner-, Schaffhauser-Wahlen, die ja ebenfalls eindeutig demonstriert haben, daß die Massen der Sozialdemokratie folgen und von der Spalterpartei nichts wissen wollen. Aber das kann nachgeholt werden. Vielleicht erleben wir es noch, daß aus dem Munde Nicoles das Bekenntnis fließt, auch die «Führer» jener Kantone hätten die Politik verfolgt, die eigentlich die PdA hätte verfolgen müssen...

SCHWEIZERCHRONIK

16. Mai: Der Bundesrat entspricht dem Gesuch des ehemaligen deutschen Gesandten Dr. Köcher, weiteren Aufenthalt in der Schweiz nehmen zu können. Ebenso gestattet er Edda Ciano, Alfieri, Volpi und Bastianini ihren luxuriösen Schweizer Aufenthalt weiterhin. Protestwelle der Arbeiterschaft.
17. Mai: Die Bauarbeiter von Freiburg treten wegen Differenzen in Lohn- und Ferienfragen in den Streik. — Major Corrodi, gewesener SS-Gruppenführer in Deutschland, wird bei seiner Heimkehr in die Schweiz verhaftet. — Eintreffen einer jugoslawischen Wirtschaftsdelegation in Bern.
18. Mai: Die Davoser Bevölkerung fordert die Ausweisung der dort sattem bekannten Naziagenten. Auch in allen andern Kantonen wird der Ruf der Bevölkerung nach rascher und gründlicher Säuberung immer dringender.
19. Mai: Wiederum antifaschistische Kundgebungen im Tessin.
20. Mai: In Koblenz wird der in contumaciam zum Tode verurteilte Spion Grom den Schweizer Behörden durch die Franzosen ausgeliefert.
21. Mai: Beendigung des Bauarbeiterstreiks in Freiburg, nachdem dem Begehren der Arbeiterschaft entsprochen wird.
22. Mai: Laut einer Eingabe der «Gemeinnützigen Gesellschaft» an den Bundesrat betrugen die Lotteriesummen einschließlich Sport-Toto im Jahre 1932 3 193 721 Franken, im Jahre 1943 dagegen 33 114 035 Franken.
23. Mai: Frankreich sichert der Schweiz Umschlagsmöglichkeiten in seinen Häfen sowie den Transit durch das Land zu.
24. Mai: Die Bundesanwaltschaft beantragt die Ausweisung von 250 deutschen Staatsangehörigen auf Grund des Materials, welches bei den Hausdurchsuchungen vom 8. Mai gefunden wurde.
25. Mai: Amerikanische Vorwürfe, die Schweiz habe das «systematische» Aushungern amerikanischer Kriegsgefangener in Deutschland verheimlicht, werden energisch zurückgewiesen. Ebenso erklären die schweizerischen Behörden, daß ihre Delegationen in Deutschland keinen Zutritt zu den Konzentrationslagern erhielten, so daß niemand über die Ausmaße der Grausamkeiten im Bilde war. — Der Bundesrat hat einem Gesuch um Bewilligung der Einreise Pfarrer Niemöllers entsprochen. — Abreise einer Veterinärmission der «Centrale Sanitaire Suisse» nach Jugoslawien.
26. Mai: Stark besuchte Versammlung der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Davos, in der dringend eine gründliche Säuberung des ehemaligen Nazizentrums gefordert wird.
27. Mai: Aus Stockholm erfährt man, daß sich die Schweizer Diplomaten aus Berlin auf dem Heimweg über Moskau befinden.
28. Mai: Eine schweizerisch-französische Freundschaftskundgebung in Neuenburg. Schaffhausen lädt den Stab des in der Nachbarschaft stationierten französischen Regiments ein. — Fritz Eymann (soz.) wird an Stelle des zurückgetretenen Ständerats de Coulon (Neuenburg) gewählt.
29. Mai: Lockerung der Presseüberwachung. — Allgemeinverbindlichkeitsklärung eines Gesamtarbeitsvertrages im Schneidergewerbe.
30. Mai: Kundgebung der Zürcher Arbeiterschaft. Es wird vom Bundesrat raschere und gründlichere Säuberung unter Deutschen und Italienern in der Schweiz verlangt, sowie eine andere Haltung in der Asylgewährung.
31. Mai: 270 ausgewiesene Nazi werden in Lörrach von den Behörden der französischen Befreiungsarmee übernommen und vorläufig inhaftiert. — Ende der Telegrammzensur nach dem Ausland. — Revolte in einem Quarantänelager, dessen Insassen die Weiterreise trotz der fehlenden Bewilligung von alliierter Seite erzwingen wollen. Ein jugoslawischer Internierter wird dabei getötet.
1. Juni: Der Große Rat von Graubünden beschließt mit 78 gegen 12 Stimmen, David Frankfurter, der im Jahre 1936 den Gruppenleiter der NSDAP Gustloff in Davos erschoss, zu begnadigen.
2. Juni: Vereinzelte Selbstmorde aus-

- gewiesener Nazi. — Minister Burckhardt reist nach Paris ab.
3. Juni: In Zürich findet bei einer Stimmbeteiligung von 65 Prozent eine Ersatzwahl in den Regierungsrat statt. Stähli (SP) 38 536, Brunner (PdA) 30 169, Vaterlaus (Bürgerblock) 61 007 Stimmen. Absolutes Mehr 65 217. — Die Parteileitung der PdA beschließt, den Verzicht der Schweiz auf ihre Neutralität zu fordern.
 4. Juni: Zur Durchsetzung eines Kollektivarbeitsvertrages nach dem Entwurf des Schweizerischen Textil- und Fabrikarbeiterverbandes treten die Belegschaften der Industriegesellschaft für Schappe (SIS) in Arlesheim und Angenstein in den Streik. — General Guisan ersucht um seine Entlassung auf den 20. August 1945 (Datum der Beendigung des Aktivdienstes).
 5. Juni: In der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrates wird Protest erhoben, weil der gewesene deutsche Gesandte Köcher vom Bundesrat nicht ausgewiesen wird.
 6. Juni: Debatte im Nationalrat über die Aufhebung des Bundesratsbeschlusses über den Ausschluß der Kommunisten aus der Bundesverwaltung. — Im Zürcher Kantonsrat wird von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt, es sei den ehemaligen frontistischen Rechtsanwälten die Ausübung des Anwaltsberufes zu verweigern.
 7. Juni: Kundgebungen und Versammlungen in St. Gallen und Biel. Es wird schärferes Vorgehen gegen Nazi und Faschisten sowie bessere Behandlung der Emigranten und Refraktäre verlangt.
 8. Juni: Veröffentlichung der Liste ausgewiesener Nationalsozialisten. — Großkundgebung in Schaffhausen. Es kommt zu Ausschreitungen gegen die dortigen Nazi.
 9. Juni: Die Sozialistische Arbeiterjugend der Schweiz fordert die Bundesbehörden zur Aufhebung der Militärzensur auf.
 11. Juni: Der Bundesrat beschließt, auf den Wiedererwägungsantrag von Bundesrat Nobs zum Falle Köcher nicht einzutreten. — Bundesrat Stampfli spricht im Nationalrat über

- die Senkung der Lebenshaltungskosten zur Hebung des Reallohnes.
12. Juni: In Liechtenstein liefern die französischen Behörden den zum Tode verurteilten Landesverräter Kranz an die Schweiz aus. — Neue Angriffe im Radio Moskau gegen die Schweiz. Es wird an der Ausweisungspraxis und Asylgewährung Kritik geübt. — Der Luzerner Regierungsrat verweigert Köcher die Niederlassungsbewilligung.
 13. Juni: Veröffentlichung einer großen Liste ausgewiesener Nazi durch den Zürcher Regierungsrat. — Im Nationalrat wird mit 97 gegen 70 Stimmen der umstrittene Vollmachtenbeschluß über Staatsschutz und Majestätsbeleidigung genehmigt.
 14. Juni: Den «Freiheitshelden» von Steinen wird von der Bundesversammlung in den beiden schwereren Fällen die Begnadigung verweigert, die übrigen Angeklagten erhalten eine Ermäßigung der Freiheitsstrafen. — Der Flüchtlingsstrom an der Südostgrenze der Schweiz hält weiterhin an.
 15. Juni: Moskau beschließt die Einstellung der Heimschaffung der Schweizer in den von den sowjetrussischen Truppen besetzten Gebieten mit der Begründung, russische Staatsangehörige würden in der Schweiz zurückgehalten. — Nachdem die «Tat» aufsehenerregende Greuelmärchen über das Schicksal der Schweizer in Wien verbreitete, werden diese nun im Bundeshaus durch den aus Wien zurückgekehrten schweizerischen Generalkonsul widerlegt. — Antifaschistische Demonstrationen in Winterthur

ZWISCHEN KRIEG UND FRIEDEN

Monatschronik vom 9. Mai bis 15. Juni

Der Orkan, der den europäischen Faschismus hinwegfegte, läßt in seinen Nachwehen die Trümmer unseres Kontinentes weiter erzittern. Lange Zeit werden wir noch starker und ehrlicher Feuerwächter bedürfen, wenn nicht da und dort aus glimmenden Ruinen neue Feuerbrände emporlodern sollen. Die alliierten Großmächte haben an der Konferenz von San Franzisko bekundet, daß sie willens sind, nicht nur Europa, sondern

der Welt den Frieden zu sichern, den sie so teuer erkaufte haben. Die Vertreter der «Großen Drei» stehen heute vor dem Abschluß ihrer Verhandlungen, die das Fundament einer Sicherheitsinstitution legen sollen, welche die kommenden Geschlechter davor bewahren will, in Schrecken, Blut und Tränen neuer Kriege unterzugehen. Die Konferenzberichte sprachen von Bemühungen zur Schaffung eines höheren Lebensstandards, vom Streben nach Vollbeschäftigung, nach wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt; vom «Selbstbestimmungsrecht der Völker», wie es die Atlantik-Charta verheißen hatte, ist bisher noch nicht viel verlautet. Meinungsverschiedenheiten aller Art tauchen immer wieder auf und verzögern den Abschluß dieser vorbereitenden Konferenz. Wesentlich aber ist, daß diese Meinungsverschiedenheiten nicht, wie die Pessimisten in der Weltpresse prophezeiten, zu einem Bruch unter den Verhandlungspartnern geführt haben, sondern daß bisher auch die größten Schwierigkeiten und Gegensätze sozusagen «en famille» ausgeglichen werden konnten. In der Tat scheint zwischen den Alliierten eine Art «Generationenproblem» zu bestehen, wie es keiner Gemeinschaft erspart bleibt. Daß dabei die Sowjetunion im Vollbewußtsein ihrer Jugendkraft den älteren Partnern mitunter schwere Stunden bereitet, ist ebenso verständlich, wie das Mißtrauen der Alten gegen die Jungen sich erklären läßt. Auf unserem Kontinent bestand eine Hauptschwierigkeit in der Abgrenzung der Besetzungszonen. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen vor allem im Abschnitt Triest, in dem sich britische und jugoslawische Truppen drohend gegenüberstanden und sich gegenseitig das Recht zur Besetzung der für beide Parteien wichtigen Küstengebiete streitig machten. Sobald jedoch unter den Alliierten Einigkeit über die Abgrenzung ihrer Interessengebiete erzielt werden konnte, gelang es, auch diesen Konflikt aus der Welt zu schaffen. Marschall Tito willigte schließlich ein, die ursprünglich festgelegte Demarkationslinie zu respektieren, allerdings behielt er sich vor, seine berechtigten Ansprüche zu einem späteren Zeitpunkt neuerdings geltend zu machen. Inzwischen hatten die Oberbefehlshaber der in Deutschland stehenden Armeen in gemeinsamer Aussprache sich über die

Fragen der Besetzungszonen geeinigt. Am 5. Juni wurde in Berlin durch die Generale Eisenhower, Schukow, Montgomery und de Lattre de Tassigny eine Erklärung veröffentlicht, die geeignet ist, jede Unklarheit zu beseitigen. Die Berliner Deklaration stellt vor allem fest, daß die Streitkräfte Deutschlands, das die Verantwortung für den Krieg trägt, vollständig geschlagen worden sind und kapituliert haben. Da keine Regierung besteht, die Gewähr dafür böte, daß eine ordnungsgemäße Verwaltung des Landes und die Befolgung der Anordnungen der Siegermächte möglich würde, haben die vier alliierten Regierungen in allen Deutschland betreffenden Angelegenheiten die oberste Autorität übernommen. Die Grenzen sollen später festgelegt werden. In 15 Artikeln werden die vorläufigen Forderungen der Siegerstaaten umschrieben: Vollständige Entwaffnung des Heeres, der Marine und der Luftwaffe, Uebergabe alles Kriegsmaterials und sämtlicher Rüstungsbetriebe samt den Forschungslaboratorien, Heimschaffung der Gefangenen und Verschleppten, Auslieferung der Naziführer und übrigen Kriegsverbrecher. Weitere Forderungen und Reparationen sollen später bekanntgegeben werden. Ein besonderes Dokument enthält die Verpflichtung der vier Besetzungsmächte, bei ihrem weiteren Vorgehen die Gesamtheit der Vereinten Nationen zu konsultieren. Die Sowjetunion besetzt den Osten, Großbritannien den Nordwesten, Frankreich den Westen und die USA den Südwesten Deutschlands. Berlin wird zum Sitz eines «Kontrollrates» der vier Oberbefehlshaber und eines diesem Rate beigeordneten «Koordinationskomitees». Soweit sich dies aus spärlichen Berichten ersehen läßt, unterscheiden sich die Methoden der Russen bei der Besetzung Deutschlands wesentlich von denen ihrer Verbündeten. Sie scheinen das Hauptgewicht auf raschen Wiederaufbau zu legen, in dessen Dienst sie selbst Persönlichkeiten einspannen, deren politische Zuverlässigkeit sehr fragwürdig ist. Engländer, Amerikaner und Franzosen sind vorerst hauptsächlich auf eine gründliche Reinigung bedacht. Es ist ihnen gelungen, eine Großzahl von Kriegsverbrechern aufzuspüren und dingfest zu machen. Neben Göring und Papen konnten auch Rosenberg, Streicher und Ribbentrop verhaftet werden.

Himmler hat sich seiner Festnahme mit Hilfe einer Cyankali-Ampulle entziehen können. Fast täglich werden neue Schreckenslager und Massengräber entdeckt, den raffiniertesten Verstecken Waffen, geraubte Wertsachen und gestohlene Kunstgegenstände entnommen, vereinzelt hört man wohl auch von strengen Maßnahmen gegen Keimzellen neuer Fememörderbanden; im allgemeinen aber scheint das deutsche Volk noch immer vollkommen apathisch. Bisher ist es einzig in Niederösterreich und in Bayern gelungen, provisorische Regierungen einzusetzen.

In die befreiten Gebiete Europas sind aus ihrem Londoner Exil die Regierungen zurückgekehrt. Die Holländer feierten das Wiedersehen mit ihrer Königin Wilhelmine, die Norweger bejubelten die Ankunft König Haakons anfangs Juni. Allüberall sind die Quislinge und ihre Anhänger verhaftet worden und gehen ihrer Verurteilung entgegen, währenddem aus Gefängnissen und Konzentrationslagern die gemarterten Kämpfer der Freiheit in ihre Heimat zurückgeführt werden. In Belgien stellt sich der Rückkehr des Königs Leopold eine starke sozialistische Opposition entgegen. Die alte Gegensätzlichkeit zwischen Wallonen und königs- und kirchentreuen Flamen hat dadurch neue Nahrung erhalten.

Frankreich durchlebt sorgenvolle Tage der Rekonvaleszenz. Die Gemeindewahlen haben einen überwältigenden Sieg der Linken ergeben, der eine Regierungsumbildung voraussehen läßt. Nach Herriot ist nun auch Léon Blum aus der Gefangenschaft zurückgekehrt und hat sich mit einem Appell an den «Mut zur Wahrheit» wieder in die politische Front eingereiht. Marschall Pétain hatte sich noch im Mai durch die Schweiz nach Frankreich begeben, um sich den Gerichten zu stellen. Er ist in den zahlreichen Verhören, die seinem Prozeß vorgehen, bemüht, darzutun, daß er wenigstens zu Anfang seiner Regierung

guten Willens war, durch scheinbares Eingehen auf die Wünsche der Nazi seinem Lande zu nützen, und daß er erst zu spät zur Einsicht gelangt wäre, getäuscht worden zu sein. Laval hat es vorgezogen, vorerst in Spanien zu bleiben, wohin er sich rechtzeitig zu flüchten wußte. Die Regierung Franco scheint seine Auslieferung ebensowenig ernstlich in Erwägung zu ziehen wie diejenige anderer Faschisten. Hat Frankreich einerseits unter den unmittelbaren Folgen des Krieges und der deutschen Okkupation unendlich zu leiden, so drohen ihm anderseits ernste Schwierigkeiten aus seinen Mittelmeerinteressen zu erwachsen. Die Autonomiebewegung der Arabischen Union gab Anlaß zu bewaffnetem Einschreiten französischer Truppen in Syrien. Bereits war es in Damaskus zu Kämpfen gekommen. Energetische Warnungen Aegyptens vermochten die drohende Gefahr nicht zu bannen. Im letzten Augenblick vor dem Ausbruch neuer Kämpfe erzwang eine britische Intervention den Rückzug der französischen Truppen und stellte damit wenigstens vorläufig die Ruhe wieder her. Läßt der Levante-Konflikt die Vermutung auftauchen, er könnte seinen Urgrund in britisch-französischen Rivalitäten haben, so sprechen Zwischenfälle, die sich dieser Tage in Algerien ereignet haben, immer deutlicher davon, daß auch die alten Kolonien Frankreichs dem Mutterlande schwere Sorgen bereiten werden.

In England hat die Weigerung der Labour-Partei, über das Kriegsende hinaus mit den Konservativen zusammenzuarbeiten, zur Auflösung des Kriegskabinetts und zum Rücktritt Churchills geführt. Entgegen dem Wunsche des Premiers sollen die Neuwahlen nicht auf den Herbst verschoben, sondern schon im Juli durchgeführt werden, wobei die Labour-Partei sich, unter Distanzierung von den Kommunisten, zu einem Kampf ums Ganze rüstet.